

Antrag

der Abgeordneten Britta Katharina Dassler, Stephan Thomae, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Thomas L. Kemmerich, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Ulrich Lechte, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Sport fördern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Sport hat eine Reichweite in Deutschland wie sonst kein gesellschaftliches Phänomen. In Deutschland treibt mehr als die Hälfte der Bevölkerung regelmäßig Sport, darunter 20 Prozent in mindestens einem Sportverein. In über 90.000 Sportvereinen wird Sport und Vereinsleben betrieben. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung interessieren sich allgemein für Sport. Mit seiner großen Breitenwirkung kann der Sport einen positiven Beitrag zur gesellschaftlichen Veränderung leisten. Der Sport schafft Begegnungen und bietet eine Plattform an, auf der unterschiedliche Menschen zusammenkommen können. Sowohl in Deutschland als auch international haben der Sport, die Sportverbände und -vereine ihre soziale Verantwortung zunehmend erkannt und wahrgenommen. Trotz der Bemühungen des organisierten Sportes reichen die bisher unternommenen Maßnahmen nicht aus, um dem Problem Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität wirksam zu begegnen. Menschenbezogene Feindlichkeit ist im Sport immer noch häufig zu spüren und muss konsequent abgebaut werden. Der Sport darf mit dieser Aufgabe nicht alleingelassen werden: Die Politik und die Bundesregierung müssen ihren Teil beitragen, die Sportvereine und -verbände dabei zu unterstützen, die schwierigen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, die vor ihnen liegen, zu bewältigen.

Homo- und Transphobie gehören leider heute noch zum Alltag in Deutschland. Dies gilt insbesondere für den Bereich des Sportes und steht Werten wie Toleranz und Fair Play, die oft als Vereinsziele genannt werden, entgegen. Allzu oft werden hier Themen

rund um die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität tabuisiert und unzureichend thematisiert und bekämpft. Vorurteile, Beschimpfungen und Angriffe sind alltäglich. Heteronormative Geschlechterrollen werden in vielen Sportarten verbreitet. Allerdings fehlen genaue Kenntnisse über die Hintergründe und darüber, wie weit Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität tatsächlich verbreitet ist. Dieses Phänomen lässt sich auch nicht pauschal einschätzen, da verschiedene Trends in unterschiedlichen Sportarten und Szenen herrschen.

Klar festzustellen ist aber, dass die allgemeinen Trends der Diskriminierung und Inakzeptanz konstant bleiben oder sogar steigen. Dies zeigt sich zum einen in der im letzten Jahr angestiegenen Zahl homophob motivierter Gewalttaten. Zum anderen wird dies auch deutlich durch die stetig steigende Zahl der Anfragen an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, die sich auf das Thema Sport beziehen. Die dortigen Anfragen mit dem Stichwort „Sport“ haben sich innerhalb von acht Jahren verachtfacht. Zudem kam eine aktuelle Studie der Uni Vechta zu dem Schluss, dass Homophobie gerade im Fußball noch ein großes Problem darstellt. Laut der Studie sind neun von zehn Befragten der Ansicht, dass es im Sport ein Problem mit Homophobie und Transphobie gibt. 12 Prozent derjenigen, die in den letzten zwölf Monaten sportlich aktiv waren, berichten in Bezug auf ihre Hauptsportart von negativen Erfahrungen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität.

Diesem Trend muss klar entgegengetreten werden und es muss deutlich gemacht werden, dass Homo- und Transphobie so wie jede andere Art menschenbezogener Feindlichkeit in der Gesellschaft und im Sport abzulehnen und zu bekämpfen sind. Diskriminierung im Sport durchdringt alle gesellschaftlichen Ebenen – von homophoben Äußerungen auf dem Schulhof, im Sportunterricht bis hin zur Angst vor dem Coming-Out im Profi- und Breitensport. Der Sport vermittelt Werte und Normen und verfügt über eine erhebliche Integrationskraft. Wenn sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Sport tabuisiert werden und nicht aktiv als wichtiges Thema – auch von Seiten der Politik – bearbeitet werden, kann dies eine negative Auswirkung auf die gesamte Gesellschaft haben. Wenn aber Akzeptanz vorbildlich vorangetrieben wird, kann das durchaus einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft haben.

Probleme wie Genderstereotypen und Sexismus, Transphobie und Intoleranz gegenüber verschiedenen sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten stellen gesamtgesellschaftliche Probleme dar. Alle gesellschaftlichen Akteure tragen eine spezifische Verantwortung. Im Breitensport sind die Verbände, die Vereine und die Landespolitik in der Pflicht, homo-, bi-, trans- und intergeschlechtlichen Sportlern und Sportlerinnen den Rücken zu stärken und Möglichkeiten für eine gleichberechtigte Teilnahme am Sport anzubieten. Im Spitzensport ist es wichtig, dass die Bundesregierung die Rahmenbedingungen dafür schafft, dass jeder Athlet und jede Athletin ein freies und selbstbestimmtes Leben führen kann. Gegenüber den Spitzensportlern und -sportlerinnen, die bei der Bundeswehr, dem Zoll und der Bundespolizei gefördert werden, trägt die Bundesregierung eine besondere Pflicht, das Problem der Trans- und Homophobie aufzudecken und aktiv anzugehen. Auf internationaler Ebene trägt die Bundesregierung die Verantwortung, Diskriminierung gegen LSBTI-Personen im Rahmen von Sportgroßveranstaltungen zu verurteilen und durch die ihr zur Verfügung stehenden diplomatischen Mittel aktiv anzusprechen. Eine kohärente Strategie der Bundesregierung für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Sport würde eine Teilhabe an einem aktiven und gesunden Leben für jeden Bürger und jede Bürgerin ermöglichen und soll im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel bereitgestellt und umgesetzt werden. Die Teilhabe aller Menschen am Sport muss diskriminierungsfrei möglich sein.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt:

1. die Initiativen der einzelnen Sportverbände und -vereine, der Sportdachverbände, der Fanszenen und -projekte und der Zivilgesellschaft, die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu fördern und das Thema in ihren Strukturen zu verankern und dadurch die gesamte Gesellschaft zu sensibilisieren;
2. die „Berliner Erklärung: Gemeinsam gegen Homophobie – für Vielfalt, Respekt und Akzeptanz im Sport“, deren Unterstützer sich verständigt haben, aktiv gegen Homophobie auf allen Ebenen des Sports vorzugehen;
3. das Projekt der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld „Fußball für Vielfalt – Fußball gegen Homophobie“, das anstrebt, Sexismus, Homo- und Transphobie auf allen Ebenen des Sports, insbesondere des Fußballs, abzubauen;
4. die bereits laufenden Forschungsprojekte, die das Problem der Homo- und Transphobie im Sport untersuchen, wie z. B. Outsport, die durch die Deutsche Sporthochschule Köln durchgeführte europaweite Studie zu LSBTI im Sport;
5. die erste BundesNetzwerkTagung der queeren Sportvereine (BuNT), die als erster Schritt des Vernetzungsversuches von verschiedenen Akteuren aus Sport, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diente und einen Austausch über queere Belange im Sport ermöglichte.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Ziele der „Berliner Erklärung: Gemeinsam gegen Homophobie – für Vielfalt, Respekt und Akzeptanz im Sport“ aktiv zu unterstützen und ihre schnellstmögliche Umsetzung zu fördern;
2. Studien in Auftrag zu geben, um den aktuellen Stand der Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und/oder geschlechtlicher Identität in allen Bereichen des Sports zu untersuchen, um die aktuelle Datenlücke zu schließen.
 - Die Forschung soll Praxis mit Theorie verbinden. Untersucht werden sollen die Erfahrungen der alltäglichen und strukturellen Diskriminierung und Wahrnehmungen sportlicher Akteure im Breiten- und im Spitzensport, u. a. der Athleten und Athletinnen, der Fanszenen, der Deutschen Sporthochschule, der Schiedsrichter und -richterrinnen und der Trainer und Trainerinnen.
 - Zugleich sollen unterschiedliche Sportarten differenziert untersucht werden, um eine umfassende Datenlage zu schaffen, gezielte Lösungen und effektive Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen entwickeln zu können und ein intensives Monitoring zu ermöglichen. Berücksichtigt werden sollen sowohl das Ehrenamt als auch das Hauptamt.
 - Mit Blick auf häufig binäre Vereins-, Trainings- und Wettbewerbsstrukturen im Sport sollen die Teilnahme und mögliche Diskriminierungen von Menschen aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität untersucht werden.
 - Die Ergebnisse der Studien sollen in einem Format präsentiert werden, welches es erlaubt, die Ergebnisse für die Sportvereine und -verbände, die Spieler und Spielerinnen, den organisierten Sport und andere sportliche Akteure anzuwenden und umzusetzen;
3. sich mit der Bundeswehr, der Bundespolizei und dem Zoll intensiv auszutauschen, um Kenntnisse über das Problem der Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität in den Bundesbehörden zu sammeln, Datenlücken aufzudecken und entsprechende Lösungen zu formulieren. Dabei sollen auch queere Interessenvertreter miteinbezogen werden;

4. bei der Bundeswehr, der Bundespolizei und dem Zoll Ansprechpersonen für Spitzensportler und -sportlerinnen zu benennen und klare Strukturen zu schaffen, damit die Athletinnen und Athleten, die sich diskriminiert fühlen oder diskriminiert wurden, sich an jemanden wenden können, ohne sich um ihre sportliche oder berufliche Karriere sorgen zu müssen;
5. Beratungsangebote für Spitzensportler und -sportlerinnen zu fördern, wenn sie für internationale Wettkämpfe in Länder reisen, in denen Homosexualität unter Strafe steht oder ein starkes Tabu ist;
6. im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel Fördermittel bereitzustellen, um weitere Projekte und Seminare im Breitensport zu ermöglichen, die eine wichtige Aufklärung, Sensibilisierung oder Bekämpfung von Homo- und Transphobie im Sport fördern;
7. eine Kampagne ins Leben zu rufen, um über das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Sport aufzuklären und im Breitensport zu sensibilisieren. Ziel der Kampagne soll es sein, die Sichtbarkeit von homo-, bi-, trans- und intergeschlechtlichen Menschen im Sport und in der Gesellschaft zu erhöhen und Diskriminierung abzubauen. Zielgruppe sollen insbesondere junge Menschen sein, um eine langfristige Kultur der Akzeptanz zu schaffen;
8. sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu bemühen, mehr Aufmerksamkeit für die Wichtigkeit der Akzeptanz der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt im Sport und die bestehenden Herausforderungen zu generieren, unter anderem im Rahmen ihres Austausches mit den Bundesländern – beispielsweise bei der Bundessportministerkonferenz;
9. im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel finanzielle Mittel bereitzustellen, um eine Verstärkung des Austausches zwischen Politik, Gesellschaft, Wissenschaft, dem organisierten Sport und queeren Interessenvertretungen zu ermöglichen, u. a. durch Netzwerktreffen und Austauschplattformen;
10. die Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Ministerien zu verstärken – u. a. dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und dem Bundesministerium der Finanzen, um ein gemeinsames Konzept und kohärente Strategien zu entwickeln, die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Sport zu fördern;
11. bei der Austragung von internationalen Sportgroßveranstaltungen in Deutschland Kampagnen zu unterstützen, die die Akzeptanz für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Sport fördern und internationale Aufmerksamkeit für das Thema generieren;
12. die Teilnahme von deutschen Sportlern und Sportlerinnen an den internationalen Gay Games zu fördern und diese Veranstaltung in der Öffentlichkeit zu unterstützen;
13. internationale Sportgroßveranstaltungen, wie die Olympischen Spiele, Paralympics oder Fußballweltmeisterschaften mit Blick auf die Menschenrechte kritisch zu begleiten, sich konsequent Homo- und Transphobie entgegenzustellen und Verstöße gegen die Menschenrechte der LSBTI-Bürger, -Besucher und -Athleten und -Athletinnen klar und öffentlich zu verurteilen;
14. internationale Austauschveranstaltungen zwischen sportlichen Akteuren in Deutschland und aus anderen Ländern zu fördern, um von internationalen Bewegungen und guten Beispielen aus dem Ausland zu lernen und positive Erfahrungen aus Deutschland weiterzugeben;
15. sich auf der Ebene der EU dafür stark zu machen, EU-weite Projekte gegen Homo- und Transphobie im Sport zu fördern, vor allem in EU-Ländern, in denen Homo- und Transphobie ein noch größeres Problem darstellt als in Deutschland;

16. im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel finanzielle Mittel für die Magnus-Hirschfeld-Stiftung bereitzustellen, um eine langfristige Erweiterung des Programms Vielfalt für Fußball zu ermöglichen;
17. einen Nationalen Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie aufzusetzen, der u. a. einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Diskriminierung von LSBTI im Sport setzt.

Berlin, den 14. Mai 2019

Christian Lindner und Fraktion

Begründung

Der Sport ist traditionell ein gesellschaftlicher Bereich, der vereint und zusammenführt. Dem Sport kommt dabei eine integrative Kraft zu, bei dem Merkmale wie Nationalität, Hautfarbe oder sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität keine Rolle spielen. Durch ihn werden universelle Normen und Werte vermittelt und gelebt, die charakteristisch für unsere offene, freie Gesellschaft sind.

Die Bundesregierung lässt nicht erkennen, dieses Problem zu beheben und der Homophobie im Sport entgegenzutreten. So wird im Koalitionsvertrag mit keinem Wort Homophobie im Sport behandelt. Auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion wird deutlich, dass die Bundesregierung in jeglicher Hinsicht untätig bleibt. So ist der Bundesregierung nach eigenen Angaben keine einzige Kampagne des Bundes bekannt, die sich gezielt gegen Homophobie im Sport richtet und es ist auch nicht angedacht, eine solche Kampagne zu initiieren. Darüber hinaus liegen der Bundesregierung auch keine konkreten empirischen Daten über homophobe Angriffe oder Gewalttaten im Sport vor. Auch an der Förderung der internationalen Gay Games wird seitens der Bundesregierung kein Interesse bekundet. Diese Situation ist nicht nur beschämend, sondern ist eine Gefahr für die Zivilgesellschaft, in der niemand Angst haben darf, aufgrund seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminiert, angefeindet oder ausgeschlossen zu werden.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass diese integrative Kraft des Sportes erhalten bleibt. Homo- und Transphobie haben im Sport keinen Platz und müssen endlich tatkräftig bekämpft werden.

